

Eröffnungsrede von Marc Pfirter, Direktor von Pro Senectute Schweiz

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich freue mich, Sie im Namen von Pro Senectute und der Partner-organisationen des nationalen Forums Alter & Migration begrüßen und die heutige Fachtagung eröffnen zu dürfen. Der erste Oktober ist ein besonderer Tag, weil er in der ganzen Welt der internationale Tag der älteren Menschen ist.

Es ist nach dem 1. Oktober 1999 das zweite Mal, dass das nationale Forum Alter & Migration den älteren Migrantinnen und Migranten eine Fachtagung widmet.

Ich danke deshalb den für die heutige Tagung Verantwortlichen im voraus für Ihre Idee, die Vorbereitung und Durchführung sowie für ihren persönlichen Einsatz.

Vor allem danke ich Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für Ihre Bereitschaft, einen Tag lang Ihre Aufmerksamkeit, Ihre Gedanken und Ihre Gefühle den älteren Migrantinnen und Migranten zu widmen.

Sie helfen mit, dass die Bereitschaft, die mit der Migration verbundenen Probleme zu lösen, einen festen Platz im globalen Bewusstsein aller Menschen, aber auch einen festen Platz in der politischen Agenda der Regierungen und Parlamente in unserem Land findet.

Dass dem Thema Alter und Migration eine hohe Bedeutung zukommt, ist das Verdienst von Ihnen allen, die sich im beruflichen und privaten Alltag mit älteren Menschen und mit dem Thema Migration auseinandersetzen. Einigen von Ihnen möchte ich besonders danken, weil sie uns mit Ihrer Präsenz ermutigen, die Arbeit zu Gunsten von Alter & Migration weiterzuführen. Es sind dies die Vertreterinnen und Vertreter der Botschaften von Italien, Spanien, Portugal, Kroatien, Serbien und der Philippinen. Und es sind Sie,

Herr Miroslav Macura, Vertreter des Generalsekretariats der UNO in New York; und Sie, Herr Dr. Eduard Gnesa, Direktor des Bundesamtes für Zuwanderung, Integration und Auswanderung; und auch Sie, Herr Francis Mathey, Präsident der Eidgenössischen Ausländerkommission, ehemaliger Nationalrat und ehemaliger Ständerat.

Wir werten Ihre Teilnahme als Zeichen der Anerkennung der Aktivitäten des Nationalen Forums Alter & Migration, aber auch als Hinweis darauf, dass das Thema Alter & Migration die Schweiz genauso angeht wie die übrige Welt, auch wenn wir dazu neigen, uns gegenüber dieser immer mehr zu verschliessen, durch den Rückzug in eine vermeintliche emotionale Sicherheit unter scheinbar Gleichgesinnten; und dabei nicht merken, dass hinter unserer regressiven und teilweise aggressiven Stimmung unsere eigene Identitätskrise steckt, sozusagen der Rückfall in die Vereinzelung.

So beurteile ich – nicht als Vertreter der Fach- und Dienstleistungsorganisation Pro Senectute Schweiz – sondern persönlich, die Abstimmungsergebnisse vom vergangenen Wochenende nicht nur als betrüblich und unanständig gegenüber Menschen, die in unserem Land genauso ihren Lebensmittelpunkt haben oder suchen wie alle anderen, die im Verlauf der Geschichte mehr oder weniger zufällig und in der Regel ohne eigenes Zutun Schweizer oder Schweizerin geworden oder als solche geboren sind – sondern ich deute sie als Rückzug, als Ohnmacht gegenüber den Herausforderungen des Zusammenlebens mit der Realität.

Das ist umso bedauerlicher, als was eben geschehen und entschieden worden ist, die Zukunft unserer Gesellschaft mitbestimmen wird. Ein Staat, der in Anbetracht der fortgesetzten niedrigen Stimmbeteiligung von weit weniger als 50 % nicht mehr in der Lage ist, sein eigenes Staatsvolk durch eine überzeugende Sachpolitik in die politischen Abstimmungen zu integrieren, hat irgendwann auch kein Volk mehr, das überzeugt ist, in einem halbwegs guten und gerechten Staat zu leben. So gesehen ist die Leistungsfähigkeit eines Staates seine Kraft zur Offenheit und zur Integration.

Deshalb ist es auch für eine Gesellschaft bedauerlich, wenn sie nicht mehr die Kraft findet, sich neuen Mitgliedern zu öffnen und sie zu integrieren. Eine solche Gesellschaft zieht sich in sich selber zurück. Sie wandert innerlich aus. Eine solche Gesellschaft kann den Dialog nicht mehr mit sich selber geschweige denn mit anderen Kulturen führen. So gesehen wäre das Ja zu Anderen ein Akt der Solidarität gewesen, die der Schweizer Bevölkerung das scheinbar verloren gegangene Gefühl der Sicherheit längerfristig eher gesichert hätte als **das Nein** die Nestwärme einer kleinen Insel.

Ich hoffe, mit diesen Wiederholungen in gleicher Sache die wenigen Pessimisten unter Ihnen definitiv geweckt zu haben. Ich bin aber auch sicher, dass die heutige Fachtagung die Optimisten unter Ihnen – und das muss die überwältigende Mehrheit sein – anspricht, sich erst recht für das Wohl älterer Immigrantinnen und Immigranten einzusetzen.

Es lohnt sich! Die Wegmarken zwischen der ersten Fachtagung im Jahre 1999 und heute beweisen es. Während 1999 nur gerade die Eidgenössische Ausländerkommission, der Migros-Kulturprozent und Pro Senectute teilnahmen, sind es heute zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen, sind diese zusammengewachsen zu einem nationalen Forum *Alter & Migration*, in dem alle wichtigen NGO's für Migrations- und Altersfragen vertreten sind, von den Vertreterinnen und Vertreter des Bundes bis zu jenen aus Forschung und Wissenschaft und vielen anderen. Dank ihnen verfügen wir heute über ein solides, breit abgestütztes institutionelles Fundament und Aktivitäten, für die wir sogar finanzielle Anerkennung erhalten. So danke ich an dieser Stelle dem Bundesamt für Sozialversicherung, dem Migros-Kulturprozent, der FMH (Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte), dem HOCS (Hilfswerk der orthodoxen Christen der Schweiz), und dem SAH (Schweizerisches Arbeiterhilfswerk) für ihre Beiträge, mit denen sie die heutige Tagung finanziell unterstützen.

Zu den Errungenschaften seit 1999 gehören auch die Veröffentlichungen verschiedener Broschüren und Dokumentationen. Als Beispiel seien die Unterlagen zur Pensionierungsvorbereitung für ältere immigrierte Paare erwähnt. Diese vermitteln ihnen die für eine Rückkehr in ihr Herkunftsland oder für das definitive Verbleiben in der Schweiz oder für Zwischenlösungen nötigen Sachkenntnisse in den Sprachen deutsch, französisch, italienisch, spanisch und portugiesisch und im nächsten Jahr zusätzlich mit Neuausgaben in serbisch, kroatisch, albanisch, türkisch und englisch.

Auch kennen wir heute die spezifischen Bedürfnisse von älteren Immigrantinnen und Immigranten. Wir kennen die nötigen Massnahmen, die es umzusetzen gilt. Einzelne werden bereits realisiert. Ein gutes Beispiel unter anderen ist die Errichtung einer Langzeitpflege-Abteilung für Menschen südländischer Herkunft im Krankenhaus Erlenhof, dem ältesten Pflegeheim Zürichs, im Mai 2003. So können im Zürcher Stadtkreis 4 in einer Abteilung mit 20 Betten erstmals Italienisch, Spanisch und Portugiesisch sprechende Frauen und Männer ihrer Herkunft und ihrer Sprache gemäss betreut werden; mit durchschlagendem Erfolg, nämlich der Gesundheit der Betreuten.

Solche Beispiele bilden gute Voraussetzungen für einen guten Umgang mit der Tatsache, dass der Anteil der ältern Bevölkerung weltweit zunimmt und unter ihnen die Zahl der Migrantinnen und Migranten jedes Jahr wächst. Sie genügen aber nicht.

In Zukunft gilt es, nebst dem Ausbau der Institutionen, die sich um älter werdende Menschen und um Fragen der Migration kümmern, Integration auch im Alltag, zu Hause zum Selbstverständnis zu machen.

Auch wir können beitragen, indem wir die heute gehörten und erarbeiteten Lösungen hinaustragen, das Netz ausbreiten, welches uns das Forum Alter & Migration bietet.

Bei der nächsten Fachtagung - wenn möglich schon in einem Jahr - sollten wir uns bereits die Frage gefallen lassen, ob dieses Netzwerk genügend engmaschig ist, damit niemand mehr durchfallen kann, weder diejenigen, die sich am letzten Wochenende gegen die erleichterte Einbürgerung ausgesprochen und durch ihren Rückzug aus Staat, Gesellschaft und Solidarität sich selber verlassen haben, noch all die Betroffenen von heute und morgen.

Zeigen wir der Gesellschaft doch, dass die Arbeit mit älteren eingewanderten Menschen nicht Arbeit in einer Einbahnstrasse ist, dass wir damit keinen fürsorglichen Akt leisten, sondern dank den älteren Migrantinnen und Migranten über eine Quelle verfügen, aus der wir Erfahrungen schöpfen, ein reichhaltiges Angebot an alternativen Denk- und Verhaltensmustern und schliesslich den Glauben an die Kraft der Integration.

Ich bin überzeugt, dass die heutige Tagung ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Integration ist. Solche Schritte sind auch nötig, denn so paradox das klingt, das die Integration erschwerende Abstimmungsresultat verleiht unserer Fachtagung einen tiefen Sinn, und hoffentlich den Willen zum "jetzt erst recht". Diesen wünsche ich uns allen.

Grusswort Dr. Eduard Gnesa, Direktor Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES), Bern-Wabern

Tagung Alter und Migration, Hotel Bern, Bern, 1. Oktober 2004

Sehr geehrte Herren Botschafter als Vertreter der UNO und der italienischen Regierung
Sehr geehrte Präsidenten, Vizepräsidenten und Direktoren der Pro Senectute, der EKA
und des Forums für die Integration der MigratInnen (FIM), der ausländischen For-
schungsinstitute

Sehr verehrte Tagungsteilnehmende

Das Thema Alter und Migration ist ein wichtiges Thema, dem bisher auf der politischen
Agenda leider zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Der Integration der Älteren, der
ersten Generation der Ausländerinnen und Ausländer, kommt eine eigentliche Schlüs-
selfunktion zu, denn die Integration der ersten Generation ist schwieriger als die der
nachfolgenden Generationen.

Die Integrationsarbeit, welche die erste Generation leisten muss, ist wesentlich grösser,
als diejenige der Folgegenerationen. Die Erinnerungen an die Kindheit und Jugend im
Heimatland prägt einen und macht es schwieriger, sich in jenem Land heimisch zu füh-
len, in dem man den grössten Teil seines Arbeitslebens verbracht hat. Vielen ist dies
trotzdem gelungen.

Allerdings gibt und gab es Probleme. Und zwar vor allem dort, wo die Kinder erst spät in
die Schweiz kamen und in den Familien nach den Traditionen der alten Heimat erzogen
wurden. Über die Schule, die Kameraden und die Vereine fanden sich die Kinder der
Eingewanderten aber meist sehr viel schneller zurecht als ihre Eltern. Die Folge davon
war eine Schere zwischen der Familie einerseits und der Gesellschaft andererseits.

Den Eltern fehlten zudem oft die nötigen Sprachkenntnisse, da die Kinder nach aussen
die täglichen Behördengänge erledigten oder als Dolmetscher fungierten.

Einige Zahlen:

Viele der Eingewanderten der ersten Generation sind inzwischen nahe am Pensionsalter oder schon darüber. Von den rund 1,4 Millionen Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz sind 220'867 über 55 Jahre alt.

Ein Drittel dieser Menschen geht zurück in die Heimatländer, ein Drittel pendelt zwischen der alten und der neuen Heimat und das letzte Drittel bleibt hier in der Schweiz. Und hier beeinträchtigen neue Hürden den Alltag der älteren Menschen der ersten Zuwanderergeneration: Wer nie richtig Deutsch gelernt hat, kann sich auch im Altersheim kaum ausdrücken, wenn es gilt, ohne die Hilfe der Kinder auszukommen. Oder kann sich nur schlecht darüber informieren, wo Hilfsangebote für ältere Menschen zu finden sind.

Die Zahl der älteren Migrantinnen und Migranten wird zunehmen. Das Problem ist ein gesamteuropäisches. Dies ist auch daran zu erkennen, dass gleichzeitig in Deutschland und Österreich ähnliche Kampagnen und Veranstaltungen stattfinden.

Wenn die Integration der ersten Zuwanderergeneration besser gelingt, dann leisten wir eigentliche Präventionsarbeit in der Integration und verhindern damit Folgeprobleme und Folgekosten.

Dies hat übrigens auch die Politik erkannt. Das neue Ausländergesetz, welches in der Wintersession in die Räte kommt, enthält einen Integrationsartikel und es freut mich, dass auch der neue Departementsvorsteher diesen unterstützt.

Mein Amt ist deshalb erfreut darüber, dass wir auf Antrag der Eidgenössischen Ausländerkommission einige Projekte im Bereich „Alter und Migration“ unterstützen konnten. Und ich versichere Sie, wir werden auch in Zukunft entsprechende Pläne wohlwollend prüfen.

Nun wünsche ich Ihnen einen erfolgreichen Kampagnenstart in Deutschland und Österreich und natürlich auch hier in der Schweiz.

Dem Migrationsbus, wünsche ich gute Fahrt und viel Erfolg!

Bern-Wabern, 1.10.04

Les vieux arrivent.

Exigences pour une politique de la vieillesse avec les immigré/es

Angeline Fankhauser, anc. conseillère nationale et co-présidente du CSA

Résumé de l'intervention

Ces pensées reflètent un avis personnel et non celui du Conseil suisse des aînés.

Cette définition est à comprendre au sens des « vieux » par opposition aux « jeunes ».

Les vieux:

Les vieux n'arrivent pas de Nulle part. Ils ont, pour la plupart, de longues années de dur labeur derrière eux (en particulier les immigré/es).

La proportion d'étranger/ères à l'âge de la retraite est clairement plus mince que celle de l'ensemble de la population: 17% de la population a atteint l'âge de la retraite, dont 6,6% d'étranger/ères. Comparaison: la proportion d'étranger/ères parmi l'ensemble de la population est de 19%.

Contrairement à la population suisse, la proportion d'hommes âgés est plus grande que celle des femmes.

Etant donné que les personnes issues de couches sociales dites pauvres ont une espérance de vie plus courte, on peut partir du principe que cela concerne surtout les personnes migrantes. La proportion d'étranger/ères sur l'ensemble des personnes de plus de 65 ans diminue avec l'âge.

Les vieux sont mieux représentés dans les organisations pour aînés qu'en qualité de citoyens au sein de partis politiques : 20% se trouvent dans des organisations pour seniors, et moins de 10% dans des partis. Les immigré/es en tant que groupes spécifiques sont presque inexistantes.

Les vieux doivent lutter pour leur participation: ils doivent en effet faire face aux limites d'âge pour occuper des fonctions publiques ; ils n'ont aucun droit à un siège dans les débats sur la LAMaL, et il n'apparaît pas évident pour certains que la génération des aînés soit impliquée dans l'élaboration de l'image directrice de la vieillesse.

Politique de la vieillesse en Suisse.

Une unité spécialisée pour les questions de la "Vieillesse" coordonne sur la scène fédérale les aspects les plus importants de la politique fédérale (sécurité sociale, santé).

Depuis 2001, le Conseil suisse des aînés peut conseiller les autorités pour les questions liées à la vieillesse.

La Confédération publie périodiquement un rapport sur la vieillesse, le dernier a paru en 1995 ; il fait état de différences culturelles sur la base de la « classe » de formation et du revenu.

OFAS, 2002, dans le cadre de l'Assemblée mondiale de l'ONU sur le vieillissement, à Madrid: longévité – défi de société et chance culturelle. Chapitre 5: les immigré/es restent-ils ou partent-ils lorsqu'ils vieillissent ? Les immigré/es avec un risque de pauvreté et de maladie plus élevé.

Les cantons sont responsables en ce qui concerne la politique de la vieillesse en général. De leur côté, ils délèguent souvent la « politique de la vieillesse » aux communes. La planification des homes médicalisés, l'image directrice de la vieillesse et Spitex en sont les points forts. L'impact de la planification de l'aménagement du territoire et des transports dans la vie quotidienne des personnes âgées par exemple ne sera pas thématiqué. Les vieux sont très souvent assimilés à un facteur de coûts. Il est à peine tenu compte des ressources de la vieillesse.

Participation en tant que droit de l'homme

Des jeunes et des femmes ont lutté pour leur participation. Ces jeunes et femmes arrivent désormais à l'âge de la retraite! Il faut poursuivre le combat. La participation est au cœur de la liberté!

La participation libère des ressources.

C'est pourquoi, le CSA s'engage pour les conseils de seniors sur l'ensemble de la scène politique. La participation des immigré/es n'est pas (encore) résolue.

Où faut-il s'impliquer?

Partout. Les vieux sont concernés par toutes les mesures (la suppression du service public en particulier)

Les vieux sont aussi des membres de la famille. C'est pourquoi: il faut examiner les règles de la libre circulation des personnes afin que les proches de la famille puissent soigner leurs aînés, même lorsqu'ils n'appartiennent pas aux nantis.

Prise en compte de la situation des aînés dans les familles en campagne « violence domestique »

Les recommandations sont bonnes mais n'ont pas d'effet sans une planification de leur application.

Qui vérifie l'application de ces importantes recommandations telles qu'elles ont entre autres été formulées en 1999?

La politique de la vieillesse n'aura de succès que lorsque les aînés pourront eux-mêmes prendre part à l'élaboration de cette politique.

Les formes de participation auxquelles ont droit les aînés sont nombreuses et aussi « riches » que la vie en soi. Celui qui ne veut pas perdre les ressources des immigrés âgés, doit promouvoir leur participation. J'espère que ce colloque sera l'occasion d'élaborer et de développer toutes formes de participation.

Gli Accordi Bilaterali CH-UE

Antonio Giacchetta, BGI, INCA

Con l'entrata in vigore degli accordi bilaterali (1.6.2002) l'eurocompatibilità svizzera si è registrata nella libera circolazione delle persone a tappe e nell'introduzione del regolamento comunitario sulla previdenza (reg.CEE 1408/71).

L'entrata a tappe della libera circolazione ha previsto una prima fase, 2002-2004 con il contingentamento ed una seconda 2004-2007 senza contingentamento o meglio senza predilezione per la manodopera già residente in Svizzera.

Nel 2009 la Svizzera come anche l'UE potranno riconfermare o disdire i contratti bilaterali.

Dal 2013 entrerà in vigore la libera circolazione integrale delle persone e dei servizi.

Tuttavia ora ed in futuro alcune misure rimarranno in essere:

- controllo doganale
- applicazione dell'IVA
- sistema monetario e fiscale
- sistema di sicurezza sociale di esclusiva competenza elvetica

Nell'ambito della sicurezza sociale gli accordi bilaterali introducono il principio della totalizzazione contributiva e della reciprocità delle prestazioni.

L'ambito di applicazione degli accordi concerne i settori del 1. (AVS-AI) e del 2. pilastro (LPP), come anche l'assicurazione malattia, gli assegni familiari, l'assicurazione disoccupazione e le prestazioni complementari per i residenti in Svizzera.

Tutto si impernia su due elementi cardini:

- parità di trattamento dei cittadini
- collaborazione multilaterale sul piano amministrativo.

Die bilateralen Abkommen CH-EU

Antonio Giacchetta, BGI, INCA

Nach Inkrafttreten der bilateralen Abkommen (1.6.2002) hat die Schweiz ihre Eurokompatibilität bei der Personenfreizügigkeit in Etappen und mit der definitiven Einführung des EU-Reglements über die Vorsorge (reg. EWR 1408/71) vollzogen. Die etappenweise Einführung der Personenfreizügigkeit ist durch eine erste Phase, 2002-2004, mit einer Kontingentierung der Arbeitskräfte sowie durch eine zweite Phase, 2004-2007, ohne Kontingentierung gekennzeichnet. Das bedeutet, dass ab 2004 keine Bevorteilung der bereits in der Schweiz niedergelassenen Arbeitskräfte mehr möglich ist.

Im Jahr 2009 werden sowohl die Schweiz wie auch die EU die bilateralen Abkommen bestätigen oder aufkündigen können. Ab 2013 wird der freie Personen- und Dienstleistungsverkehr vollständig in Kraft sein.

Trotzdem sind heute und werden auch in Zukunft einige Massnahmen bestehen bleiben. Es sind dies:

- die Grenzkontrollen*
- die Anwendung der MWSt*
- das Geld- und Steuersystem*
- ein in ausschliesslich schweizerischer Kompetenz vollzogenes Sozialversicherungs-System*

In der Sozialversicherung kommen mit den bilateralen Abkommen das Prinzip der Summierung der Beiträge und jenes der gegenseitigen Anerkennung der Leistungen zur Geltung.

Die bilateralen Abkommen betreffen den Bereich der 1. Säule (AHV-IV) und jener der 2. Säule (BVG) sowie die Krankenversicherung, die Familienzulagen, die Arbeitslosenversicherung und die Ergänzungsleistungen für die in der Schweiz wohnhaften Menschen.

Das ganze beruht auf zwei Schlüsselementen:

- gleiche Behandlung aller Bürger*
- multilaterale Zusammenarbeit auf administrativer Ebene.*

L'invecchiamento della popolazione e l'immigrazione

Relazione di Franco Salvatori

Una settimana fa alla Certosa di Pontignano (Siena) si svolgeva una conferenza italo-britannica ad alto livello esattamente su “Gli effetti dell'invecchiamento della popolazione e l'immigrazione”. Il nuovo commissario europeo Chris Patten ha affrontato il tema ricordando che il controllo della natalità, quello della mortalità e l'arresto delle nascite che ha seguito il boom delle nascite prevedono tutti un calo della popolazione europea, che andrà accelerando verso il terzo decennio di questo secolo. La massima riduzione avverrà in Italia, che scenderà del 22% fra il 2000 e il 2050, seguita dall'8% della Spagna. Francia e Regno Unito, al contrario, aumenteranno rispettivamente dell'8% e del 13%.

1. Il trend demografico negativo

Partendo dai 58 milioni di cittadini di oggi, tra 50 anni l'Italia avrà 44.9 milioni di cittadini, inclusi tutti i suoi immigrati, mentre l'Inghilterra sarà salita a 66.2. Non è solo il dolore per un popolo che non si riproduce. Il fatto è che, per mantenere l'odierno rapporto tra lavoratori e pensionati, l'Italia dovrebbe importare in 50 anni circa 120 milioni di immigrati. Una sfida pressoché impossibile. In 50 anni la popolazione italiana potrebbe avere 4 milioni di 80enni in più e perdere 16 milioni di cittadini sotto i 70, ovvero di cittadini in età da lavoro. La sostenibilità non solo delle pensioni, ma dell'intera economia italiana come la conosciamo oggi è a rischio. In tutta l'Europa i coefficienti di fertilità sono crollati ben al di sotto dei 2.1 figli per donna che garantiscono il mantenimento di una popolazione. L'Italia è ferma al 1.23, l'Inghilterra è al 1.6 ma sta incrementando le politiche che permettano alle famiglie di essere aiutate nel generare i figli.

Dovremo mirare ad un prolungamento della vita lavorativa ed a più ampie opportunità occupazionali. Ma forse un'Europa più vecchia diventerà più conservatrice, paurosa anche dei più modesti livelli di immigrazione che, pur non risolvendo i nostri problemi demografici, potrebbero comunque contribuire ad alleviare i problemi dell'offerta di manodopera anche nei settori di lavoro più specializzati. Il Commissario Patten si chiede, se il nostro tasso di crescita diminuisse, come pagheremmo il modello sociale europeo, caratterizzato da pensioni generose, servizi sanitari onnipresenti ed assistenza di lungo periodo agli anziani.

2. Una opportunità per gli immigrati

Per quanto riguarda la salute, considerando solo la fascia di anziani ultraottantenni, il 53% risulta totalmente autosufficiente, il 61% viene sistematicamente accudito dai figli, dalle badanti o dal coniuge. Ma quasi 3 milioni di anziani ultrasessantacinquenni vivono soli: 2.300.000 donne e 600.000 uomini.

Il lavoro domestico e il lavoro di cura rappresentano una notevole opportunità occupazionale per gli immigrati. In effetti, in tutti i paesi dell'Europa meridionale il lavoro domestico rappresenta l'attività più facilmente accessibile per gli stranieri, in particolare per le

donne, sia nel mercato regolare che nel sommerso. Il lavoro domestico continua a rappresentare uno dei principali settori di attività per gli immigrati regolarizzati per l'inserimento nel mercato del lavoro. I lavoratori domestici, soprattutto le donne, iniziano spesso lavorando a tempo pieno e vivendo in famiglia. Questa modalità per molti aspetti limita la libertà personale di queste lavoratrici e le induce a sostenere orari di lavoro prolungati a parità di retribuzione.

Il rapido invecchiamento della popolazione e la trasformazione sociale della famiglia hanno evidenziato la precarietà di un equilibrio basato sulle cure fornite quasi esclusivamente dalle donne all'interno della famiglia. Bisogni cui si è tradizionalmente fatto fronte attingendo alle solidarietà familiari e al lavoro non retribuito delle donne. Per molti cittadini non autosufficienti, il ricorso all'assistenza privata costituisce la risposta più semplice e più conveniente al bisogno di essere accuditi e curati. Per molti, essa rappresenta l'alternativa al trauma di un ricovero in istituto, anche se non sempre questa soluzione è la più adeguata sul piano qualitativo. Sul piano dell'offerta l'assistenza privata a cittadini non autosufficienti costituisce una delle strategie più diffuse per accedere a un impiego e a una abitazione da parte di una massa crescente di popolazione, soprattutto femminile, di recente immigrazione (Costanzo Ranci). In Italia vi sono 254mila tra badanti, colf e babysitter assunte regolarmente. I lavoratori domestici immigrati e assicurati Inps sono 137mila. 341mila sono attualmente i lavoratori domestici immigrati in attesa di regolazione. La Caritas italiana stima in 600mila gli stranieri che lavorano nell'assistenza alle persone, mentre rimarrebbe inesausta una domanda di circa 300mila. Sul versante della domanda vi sono due milioni e 600mila non autosufficienti/disabili, di cui un milione e novecentomila anziani.

3. Il lavoro di cura fornito dagli immigrati: la prevalenza femminile

Molti immigrati vengono dall'Europa orientale. Alcuni di loro sono laureati, mentre la maggior parte possiede un diploma di scuola media superiore. Nonostante l'elevato titolo di studio rispetto al lavoro svolto in Italia, considerano questo un male inevitabile e una possibilità per iniziare un percorso di mobilità ascendente per sé e per i figli. Molte delle immigrate che fanno assistenza agli anziani vorrebbero fare un corso professionale per diventare infermiere in ospedale o assistenti geriatriche in una struttura residenziale. La forte prevalenza femminile tra gli occupati stranieri in questo settore appare legata a una serie di motivi. Questi vanno dall'importanza attribuita alle qualità femminili tradizionalmente connesse alle attività di assistenza (rispetto alle qualifiche ottenibili con corsi di formazione), al ruolo non secondario dei bassi livelli retributivi che caratterizzano il settore, fino allo scarso riconoscimento sociale.

L'ampiezza della domanda di lavoro per questo tipo di occupazioni nell'Europa meridionale, rispetto ai più ricchi paesi dell'Europa centro-settentrionale può essere ricondotta a due cause principali. La prima riguarda l'insufficiente offerta di servizi formali destinati a fronteggiare il crescente fabbisogno assistenziale della popolazione anziana. La seconda si riconduce alla esigenza da parte delle donne adulte autoctone di poter contare sull'aiuto di personale domestico per favorire la propria partecipazione al mercato del lavoro. Gli assistenti domestici immigrati, frequentemente impegnati a tempo pieno e conviventi presso l'abitazione del datore di lavoro (da ciò il termine inglese *full time live-in job*), accettano queste situazioni occupazionali particolarmente gravose, perché poter avere a

disposizione un posto dove dormire rappresenta, per molte donne immigrate, una importante risorsa.

4. L'estensione dei servizi di cura e la regolarizzazione

La recente riforma delle politiche migratorie in Italia ripropone il contrasto dell'immigrazione irregolare e l'incentivo alla temporaneità dell'immigrazione in relazione a fabbisogni di manodopera del sistema economico. Il governo delle migrazioni in questo settore non pone eccessive difficoltà, avendo di fronte una crescente domanda di assistenza privata attesa per i prossimi anni. Le ragioni si trovano nell'incremento della popolazione anziana, nella debolezza congenita delle risposte pubbliche, nei cambiamenti della famiglia, nell'aumento della partecipazione femminile al mercato del lavoro e nella predilezione sempre più diffusa per il mantenimento degli anziani non autosufficienti a domicilio.

Ma per quanto riguarda la regolarizzazione bisogna ricordare che la facoltà di attivare la procedura spetta unicamente al datore di lavoro. La decisione di procedere alla regolarizzazione potrebbe essere condizionata dalla valutazione dei costi connessi al passaggio dal mercato sommerso alla regolarità occupazionale in termini di retribuzione, oneri contributivi e costi aggiuntivi per una più corretta regolazione del tempo di lavoro dovuto. Il contratto dei collaboratori domestici prevede alcune garanzie a loro favore e una organizzazione del lavoro di cura diversa da quella spesso esistente nel lavoro nero. Tale contratto prevede l'obbligo di rispettare determinati orari e garantire al lavoratore riposi settimanali e infrasettimanali, le ferie e i permessi. In caso di lavoro straordinario, notturno e festivo, devono essere riconosciute al lavoratore alcune maggiorazioni rispetto alla normale retribuzione.

In attesa del nuovo contratto 2005, negli ultimi rinnovi contrattuali si sono definite le mansioni sulla base di due figure: il personale che svolge "discontinue prestazioni assistenziali d'attesa notturne" e il personale responsabile di "prestazioni esclusivamente di attesa". Si tratta di personale non infermieristico. Anche la "badante" è una figura regolamentata dal contratto nazionale del lavoro. Viene definita "assistente geriatrico" e "assistente all'infanzia". Col nuovo contratto nell'ambito del lavoro di cura la distinzione tra personale domestico e assistenza alla persona dovrà essere più netta e dovrà tenere conto della formazione e della professionalità. L'associazione commercianti di Genova ha organizzato un corso di formazione per badanti, ottenendo una certificazione professionale, che dovrebbe garantire affidabilità e competenze. Otto docenti universitari hanno prestato la loro professionalità a titolo gratuito, sui temi dell'assistenza agli anziani, l'alimentazione, l'igiene, la riabilitazione.

Nel Veneto si stima una presenza di 40mila badanti in famiglia, provenienti prevalentemente dall'Europa dell'Est. Recentemente è stato pubblicato un Dizionario Veneto-Romeno/Moldavo, completo della terminologia domestica, in grado di mettere in relazione l'assistente straniera con la lingua veneta (in preparazione dizionari per il polacco e il russo) e di comunicare con le imprese dislocate all'Est. Da non dimenticare l'aiuto alle giovani spose venute dall'Est nell'imparare la lingua veneta. Con l'obiettivo della integrazione.

5. La tutela in caso di malattia e gravidanza

Il lavoratore ha inoltre diritto alla conservazione del posto di lavoro per un certo periodo di tempo in caso di malattia e gravidanza.

In caso di malattia spesso le donne continuano a lavorare anche se non in perfette condizioni, perché le persone assistite hanno bisogno di assistenza. Da parte sua l'Inps non eroga alcuna indennità. Rimane a totale carico della famiglia la retribuzione per una durata massima di 15 giorni. Nei casi più gravi di malattia e interventi chirurgici, ad esempio, la badante non ha diritto alla conservazione del posto di lavoro per i 180 giorni come previsto per tutti gli altri lavori. I giorni aumentano a 45 con una anzianità di servizio di due anni.

La maternità è vissuta spesso non come lieto evento, bensì come un dramma. Per le donne immigrate spesso lo stato di gravidanza significa perdere il posto di lavoro, perdendo anche l'alloggio e non potendo rinnovare il permesso di soggiorno (legge Bossi-Fini). Gli enti locali dovrebbero favorire il processo di integrazione, prevedendo forme di assistenza durante il periodo della gravidanza. La lavoratrice ha diritto comunque all'astensione dal lavoro nei due mesi precedenti il parto e nei tre mesi successivi, durante il quale periodo non può essere licenziata.

6. La regolarizzazione 2003 e i diritti di cittadinanza

Quanti sono gli immigrati in Italia? In attesa che il Ministero degli Interni renda nota la situazione relativa alla regolarizzazione 2003, sono disponibili alcuni dati indiretti. Incrociando i dati dell'INPS e dell'INAIL con quelli del Ministero dell'Interno risultano attualmente 1.877.180 lavoratori immigrati con permesso di soggiorno. Aggiungendo i 700mila della regolarizzazione 2003 si arriva a 2.500.000, senza contare le persone che entrano in Italia per il ricongiungimento del nucleo familiare.

Nonostante i tentativi di riforma la cittadinanza rimane un traguardo quasi impossibile. Si può ottenere con 10 anni di permesso di soggiorno e di permanenza regolare in Italia. Anche i nati in Italia devono aspettare i 18 anni di età. E si ottiene solo con una permanenza in Italia durante tutto il periodo. I ricongiungimenti familiari devono superare molti ostacoli, tra cui anche la disponibilità di un alloggio adeguato e un reddito in funzione della famiglia. Al voto amministrativo possono accedere solo gli stranieri comunitari residenti regolarmente in Italia. In Parlamento è stata depositata una legge di riforma legislativa costituzionale che comprende anche il diritto di voto amministrativo per gli stranieri extracomunitari residenti regolarmente in Italia.

Allegato

Alcuni riferimenti bibliografici:

The age of Europe, a cura di *British Council*, Roma 2004.

C.Gori, *Il welfare nascosto. Il mercato privato dell'assistenza in Italia e in Europa*, a cura dello Spi, Roma 2002.

Gli anziani e la salute, a cura del Censis, Roma 2004.

Il contributo del Censis alla conoscenza delle nuove fenomenologie del mondo anziano, Censis 2004.

C.Collicelli, *Gli anziani soli*, Roma 2004.

A.Rossi, *Strumenti per il Welfare locale. Anziani e assistenti immigrate*, Roma 2004.

Indirizzo del referente :

Franco Salvatori, CGIL, Sekretariat für Europa, Corso d'Italia 25, I-00198 Roma

Tel. 0039-06-84 76 511 / 311, Fax 0039-06-84 76 321

E-mail: europa.welfare@mail.cgil.it

Überalterung und Immigration

Franco Salvatori

Vor einer Woche fand in der Kartause von Pontignano bei Siena eine italienisch-britische Konferenz auf hoher Ebene zum Thema „Auswirkungen der Bevölkerungsüberalterung und Immigration“ statt. Der neue Europakommissar Chris Patten führte diesbezüglich unter anderem aus, dass die Geburtenkontrolle, die Änderungen in der Sterblichkeitsrate und der Geburtenstopp, der auf den Baby-Boom folgte, alle zu einem Rückgang der europäischen Bevölkerung führen werden, der sich etwa im dritten Jahrzehnt des laufenden Jahrhunderts noch beschleunigen wird. Die stärkste Abnahme wird in Italien sein, mit einem Rückgang um etwa 22% zwischen 2000 und 2050, gefolgt von den 8% Spaniens. Im Gegensatz dazu werden Frankreich und Großbritannien jeweils um 8% bzw. 13% zunehmen.

1. Die demographische Negativentwicklung

Wenn wir also heute noch 58 Millionen Bürger in Italien zählen, werden es in 50 Jahren in diesem Land nur noch 44,9 Millionen sein, einschließlich aller Einwanderer, während Großbritannien 66,2 Millionen verzeichnen wird. Es handelt sich dabei jedoch nicht nur um die Sorge für ein Volk, daß sich nicht vermehrt, sondern auch darum, daß zum Erhalt des gegenwärtigen Verhältnisses zwischen arbeitender Bevölkerung und Rentnern unser Land in den kommenden 50 Jahren ungefähr 120 Millionen Immigranten herein holen müsste. Eine praktisch unmögliche Herausforderung. In 50 Jahren könnte die italienische Bevölkerung 40 Millionen 80-jährige mehr haben, dafür jedoch 16 Mio. Bürger unter 70, das heißt Arbeitsfähige, verlieren. Die Nachhaltigkeit nicht nur des Rentensystems, sondern der gesamten italienischen Wirtschaft, wie wir sie heute kennen, steht also auf dem Spiel. In ganz Europa sind die Fertilitätskoeffizienten erheblich unter die bevölkerungserhaltende Schwelle von 2,1 Kindern pro Frau gesunken. Italien steht bei einem Wert von 1,23, Großbritannien bei 1,6; dort jedoch werden immer mehr Maßnahmen ergriffen, die den Familien die Entscheidung für mehr Kinder erleichtern.

Wir werden auf eine Verlängerung des Arbeitslebens und auf breiter gestreute Beschäftigungsmöglichkeiten abzielen müssen. Vielleicht wird aber ein älteres Europa auch konservativer und fürchtet sich sogar vor eher bescheidenen Einwanderungsströmen, die zwar unsere demographischen Probleme nicht lösen, aber doch zu einer Linderung des Problems Anfrage von Arbeitskräften beitragen könnten. Kommissar Patten fragte sich: Wenn unsere Wachstumsrate abnehmen sollte, wie könnten wir dann das europäische Sozialmodell mit seinen großzügigen Renten, seinen allgegenwärtigen Gesundheitsdienstleistungen und seiner Langzeitbetreuung für Senioren finanzieren?

2. Eine Chance für die Einwanderer

Hinsichtlich des Gesundheitszustands sind 53% der über 80-jährigen noch vollkommen autonom, 61% werden regelmäßig von Kindern, Personal oder Ehepartnern betreut. Trotzdem Hausarbeit und Personenbetreuung stellen eine beachtliche Beschäftigungsmöglichkeit für die Immigranten dar. In der Tat ist die Haushaltshilfe in allen Ländern Südeuropas der für Ausländer am leichtesten zugängliche Bereich, vor allem für Frauen,

und zwar sowohl in der regulären als auch in der Schwarzarbeit. Diese Sparte bleibt also eines der Haupttätigkeitsfelder für legal in Italien ansässige Immigranten und für ihren Zugang zur Arbeitswelt. Die Haushaltsgehilfen, insbesondere die Frauen, beginnen meist mit einer Vollzeitstelle, wobei sie beim Arbeitgeber wohnen. Diese Arbeitsform jedoch beschränkt die persönliche Freiheit der Arbeitnehmerinnen und zwingt sie oft zu verlängerten Arbeitszeiten bei gleichbleibendem Lohn. Auf der anderen Seite jedoch bietet sie eine konkrete Lösung zum Problem Wohnungsnot.

Die schnelle Alterung der Bevölkerung und die sozialen Veränderungen der Familienstruktur offenbaren die Unzuverlässigkeit eines Gleichgewichts, das sich auf die fast ausschließlich von Frauen geleistete Betreuung innerhalb der Familie gründet. Auf die auftretenden Bedürfnisse reagierte man traditionell. Grundlage dazu war die innerfamiliäre Solidarität und die unbezahlte Arbeit der weiblichen Familienmitglieder. Für viele pflegebedürftige Menschen ist der Rückgriff auf private Betreuung die einfachste und billigste Antwort auf ihre Notwendigkeiten. Für viele ist dies auch eine Alternative zum Trauma eines Krankenhausaufenthalts, nicht immer jedoch ist diese Lösung auch in qualitativer Hinsicht vertretbar und passend. Aus dem Blickwinkel des Angebots stellt die private Betreuung pflegebedürftiger Personen eine der besten Strategien des Zugangs zu einem Beschäftigungsverhältnis und zu einer Unterkunft dar, und dies für einer immer weiter wachsende Zahl von Menschen, vor allem Frauen, die erst kürzlich ins Land gekommen sind. In Italien sind 254.000 von *badanti*, *colf* und *Babysitter*, die ordentlich angestellt und versichert worden sind. Die Caritas Italien schätzt, daß 600.000 Einwanderer im Bereich der Menschenbetreuung arbeiten. 300.000 Anfragen bleiben noch unerledigt.

3. Betreuungs- und Pflegetätigkeit der Immigranten: viel mehr Frauen als Männer

Viele Einwanderer kommen aus Osteuropa. Manche von ihnen besitzen einen Hochschulabschluss, die meisten zumindest ein Hochschulreifezeugnis. Obwohl also das Ausbildungsniveau eigentlich höher ist als die in Italien geleistete Tätigkeit, wird diese von den Arbeitnehmern als notwendiges Übel und als Möglichkeit zum Beginn eines sozialen Aufstiegs für sich und die eigenen Kinder betrachtet. Viele der Immigrantinnen, die in der Pflege älterer Menschen beschäftigt sind, würden gerne einen Weiterbildungskurs besuchen, um Krankenschwestern in einem Krankenhaus oder Betreuerinnen in einem Pflegeheim zu werden.

Dass Frauen in diesem Bereich viel stärker vertreten sind als Männer, hängt mit unterschiedlichen Faktoren zusammen. Diese reichen von der Bedeutung, die den spezifisch weiblichen Eigenschaften auf dem Gebiet der Personenbetreuung zugewiesen wird (durch Fortbildung erzielte Qualifikation wird oft nicht so hoch eingestuft), über den nicht zweitrangigen Aspekt der niedrigen Löhne bis hin zur geringen sozialen Anerkennung einer solchen Tätigkeit.

Die beachtliche Nachfrage für diese Art von Arbeit in den Ländern Südeuropas, im Vergleich zu den reicheren Staaten Mittel- und Nordeuropas, kann man auf zwei Hauptursachen zurückführen. Zum einen kommt hier das mangelnde Angebot an Bildungsdienstleistungen ins Spiel, die dem wachsenden Betreuungsbedürfnis der alternden Bevölkerung entgegentreten sollten. Zum zweiten hängt dies zusammen mit dem Bedürfnis der autochthonen erwachsenen Frauen, auf die Unterstützung von Haushaltshilfen zählen zu können, um die eigene Beteiligung am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Das Haushaltspersonal aus Einwanderungsländern, das oft ganztags beschäftigt ist und beim Arbeitgeber

lebt (daher der englische Begriff *full time live-in jobs*), akzeptiert diese besonders belastenden Arbeitsverhältnisse, weil die Möglichkeit einer Unterkunft, vor allem für die Frauen, oft eine wesentliche Ressource darstellt.

4. Ausdehnung der Pflegedienste und Regelung

Die jüngste Reform der Migrationspolitik in Italien unterstreicht erneut den Kontrast zwischen der illegalen Einwanderung und dem Ansporn zur zeitlich begrenzten Einwanderung in Bezug auf die Erfordernisse bestimmter Arbeitskräfte im italienischen Wirtschaftssystem. Im oben genannten Bereich stellt die Regulierung der Immigration vor keine größeren Schwierigkeiten, denn für die kommenden Jahre wird eine wachsende Nachfrage nach privater Betreuung erwartet. Die Gründe hierfür sind u.a. zu suchen: in der Zunahme der älteren Generation, in der strukturellen Schwäche der öffentlichen Einrichtungen, in den Veränderungen innerhalb der Familien, in der vermehrten Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt und in dem immer stärker verbreiteten Wunsch, auch pflegebedürftige ältere Menschen zu Hause zu lassen.

Was die Legalisierung der Einwanderung betrifft, soll daran erinnert werden, daß nur der Arbeitgeber das entsprechende Verfahren in Gang setzen kann. Die Entscheidung für eine Legalisierung könnte jedoch beeinflusst werden von einer Bewertung der mit der Legalisierung, also mit dem Übergang vom schwarzen zum legalen Arbeitsmarkt verbundenen Kosten, vor allem hinsichtlich Lohn, Sozialversicherungsbeiträgen und weiteren Kosten, die mit einer korrekten Vergütung der Arbeitszeit verbunden sind. Der Vertrag für Hausangestellte sieht einige Garantien zu ihren Gunsten vor, sowie eine Strukturierung der Pflegetätigkeit, die sich oft erheblich von der als Schwarzarbeit geleisteten unterscheidet. Laut Vertrag besteht die Verpflichtung, sich an bestimmte Uhrzeiten zu halten. Außerdem müssen dem Arbeitnehmer wöchentliche Ruhezeiten (auch unter der Woche), Urlaub und freie Tage gewährt werden. Im Falle von Überstunden, Nacht- oder Feiertagsarbeit müssen dem Arbeitnehmer höhere Sätze als der Normallohn bezahlt werden.

2005 soll ein neuer Vertrag herauskommen. Dabei handelt es sich um nicht-krankenpflegerisches Personal. Auch die so genannte *badante*, wörtlich Aufpasserin, wurde im Mantel-Tarifvertrag geregelt und darin als *Senioren-Assistentin* oder *Kinder-Betreuerin* bezeichnet. Im neuen Vertrag soll, im Rahmen der Pflegetätigkeit, der Unterschied zwischen Hauspersonal und Personenbetreuung stärker herausgearbeitet werden, um Ausbildung und Professionalität zu berücksichtigen. Die Handelsgesellschaft von Genua hat neulich einen Bildungskurs für Betreuer/innen, die sogenannten *badanti*, veranstaltet. Mit der Hilfe von einigen Dozenten der Universität, über Gesundheitspflege, Ernährung, Hygiene, Rehabilitation usw. Die Teilnehmer/innen werden am Ende eine Bescheinigung bekommen.

Schätzungsweise gibt es in der Region Venetien 40.000 *badanti* bei Haushalten. Überwiegend kommen sie aus Osteuropa. Neulich ist ein Wörterbuch venezianisch-rumänisch/moldauisch herausgegeben. Mit Schwerpunkt häusliche Sprache. Nützlich wird das auch für die Unternehmen, die Beziehungen mit rumänischen Unternehmer halten.

5. Schutz im Falle von Krankheit und Mutterschaft

Im Falle von Krankheit und Schwangerschaft haben die Arbeitnehmer/innen Recht auf Erhalt seines Arbeitsplatzes für eine bestimmte Zeit. Im Falle von Krankheit arbeiten

viele Frauen weiter, auch wenn sie sich nicht ganz wohl fühlen, weil die von ihnen Betreuten ihrer Pflege bedürfen. Die italienische Sozialversicherungsanstalt zahlt ihrerseits keinerlei Ausgleich, und die Entlohnung der Betreuer lastet über einen Zeitraum von maximal 15 Tagen vollständig auf der Familie. In schwereren Krankheitsfällen oder bei chirurgischen Eingriffen, beispielsweise, hat die *badante* kein Anrecht auf den Erhalt ihres Arbeitsplatzes über einen Zeitraum von 180 Tagen (wie dies hingegen für alle anderen Arbeiten vorgesehen ist). Die Tagesanzahl erhöht sich auf 45 nach einem zweijährigen Dienstverhältnis.

Die Mutterschaft wird oft nicht als freudiges Ereignis, sondern als Drama erlebt. Für die Immigrantinnen bedeutet Schwangerschaft oft: Verlust des Arbeitsplatzes, Verlust der Unterkunft und keine weitere Erneuerung der Aufenthaltsgenehmigung (laut Bossi-Fini-Gesetz). Die örtlichen Ämter sollten den Integrationsprozess fördern und Unterstützungsmöglichkeiten während der Schwangerschaft vorsehen. Auf jeden Fall haben die Arbeitnehmerinnen den Anspruch auf Arbeitsenthaltung zwei Monaten bevor Geburt und drei Monaten danach. In diesem Zeitraum darf man nicht kündigen.

6. Legalisierungsverfahren 2003: Warten auf die Daten

Wie viele Einwanderer gibt es eigentlich in Italien? Man wartet gegenwärtig noch darauf, daß das Innenministerium die offiziellen Angaben aus dem Legalisierungsverfahren des Jahres 2003 veröffentlicht. In der Zwischenzeit stehen jedoch schon einige indirekte Informationen zur Verfügung. Wenn man die Daten der italienischen Sozialversicherungsanstalt INPS und der Nationalen Versicherungsanstalt für Arbeitsunfälle INAIL mit denen des Innenministeriums vergleicht, kommt man auf eine Gesamtzahl von 1.877.180 Immigranten mit Aufenthaltsgenehmigung. Wenn man die 700.000 „legalisierten“ des letzten Jahres dazuzählt, erreicht man den Wert von 2.500.000 – ohne die Personen zu zählen, die aus Gründen der Familienzusammenführung nach Italien einreisen.

Trotz Reformversuchen bleibt die Einbürgerung weiter ein fast unerreichbares Ziel. Erst nach zehn Jahren Aufenthaltserlaubnis beim ständigen Wohnsitz in Italien. Auch diejenigen die in Italien geboren sind müssen bis zum Alter vom 18 Jahren warten (beim ständigen Wohnsitz in Italien). Bei Gemeindewahlen nur in Italien wohnhafte Ausländer aus Europa mitwählen dürfen. Aber Gemäß dem im Parlament intergelegten Reformgesetz auch die nichteuropäischen Ausländer dürfen mitwählen, wenn sie in Italien wohnhaft sind.

Anlage

Eine kleine Bibliographie

The age of Europe, herausgegeben vom *British Council*, Rom 2004.

Gli anziani e la salute, herausgegeben vom Censis, Rom 2004.

Il contributo del Censis alla conoscenza delle nuove fenomenologie del mondo anziano, Censis 2004.

C. Gori, *Il welfare nascosto. Il mercato privato dell'assistenza in Italia e in Europa*, herausgegeben vom SPI, Rom 2004.

C. Collicelli, *Gli anziani soli*, Rom 2004.

A. Rossi, *Strumenti per il welfare locale. Anziani e assistenti immigrate*, Rom 2004.

Franco Salvatori, CGIL, Sekretariat für Europa, Corso d'Italia 25, I-00198 Roma
Tel. 0039-06-84 76 511 / 311, Fax 0039-06-84 76 321
E-mail: europa.welfare@mail.cgil.it